

Der EURATOM-Vertrag wurde vor 45 Jahren als einer der Gründungsverträge der späteren EU zur Förderung der Kernenergie verabschiedet und ist seit seinem Inkrafttreten unverändert geblieben. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament sind bei allen Entscheidungsabläufen hinsichtlich dieses Vertrages ausgeschlossen. Zudem enthält der Vertrag keinerlei Bestimmungen zur Anlagensicherheit, Entsorgung und Endlagerung oder zu Bauweise und Betrieb von Atomanlagen. Die Umweltverbände sind sich einig, daß dieses Sondervertrags-Kapitel eines atomar-fossilen Zeitalters umgehend geschlossen werden müsse.

Getragen wird die Protestaktion vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dem Deutschen Naturschutzring (DNR), Eurosolar, dem Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), Germanwatch, Greenpeace, der Grünen Liga, dem Naturschutzbund (NABU), Robin Wood, urgewald und dem WWF. Weitere Informationen sowie eine Vorlage für die Protest-Mail stehen auf den Internetseiten der beteiligten Verbände, zum Beispiel unter <http://www.robinwood.de>. ●

Atomwirtschaft

Ein neues Atomkraftwerk lohnt sich nicht

Stromkonzerne verwerfen Finnlands Plan, einen neuen Atomreaktor zu bauen

In sechs Jahren sollte eigentlich ein fünfter Atomreaktor in Finnland ans Netz gehen, europaweit bisher der einzige geplante AKW-Neubau im neuen Jahrtausend. So hatte es

im vorigen Jahr eine knappe Mehrheit im finnischen Parlament gewollt. Die Grünen hatten unter Protest die damalige Regierungskoalition des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen verlassen. Im Herbst 2003 sollten nun die Bauaufträge vergeben werden. Mehrere Angebote werden gerade geprüft. Doch nun hat die Stromwirtschaft nachgerechnet und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Bau auch bei den derzeit rekordverdächtigen Strompreisen in Nordeuropa wirtschaftlich nicht lohnt. Das berichtete Reinhard Wolff im Online-Dienst der Tageszeitung *taz*.

Lars G. Josefsson, Chef des schwedisch-deutschen Strommultis Vattenfall, gab demnach dem Projekt bei einem Besuch in Finnland im April 2003 keine Chance: Auf absehbare Zeit gebe es keinen Bedarf, „überhaupt in ein großes Kraftwerk in diesem Teil Europas zu investieren“. Und in einen teuren Atomreaktor schon gar nicht. Möglicherweise sehe es in 20 oder 30 Jahren anders aus. Es ergebe aber keinen Sinn, „ein Problem ein Jahrzehnt zu früh lösen zu wollen“. Einen AKW-Neubau scheint Josefsson aus wirtschaftlichen Gründen auch auf längere Sicht ausschließen zu wollen: Glaube man, so wie er, an den Markt, werde es weder bedeutsame Kapazitätsengpässe noch Strompreissteigerungen in einer Größenordnung geben, die einen solchen Bau profitabel machen würden.

Auch beim finnischen Stromkonzern Fortum, Miteigentümer von Teollisuuden Voima, dem Unternehmen, das formal den Bau eines fünften Atomreaktors beantragt hatte, hat man offenbar kalte Füße bekommen. „Strom aus Kernkraft zu erzeugen muß ja ein lohnendes Geschäft sein“, so Fortum-Chef Mikael Lilius, doch es sei derzeit „keine Kalkulation aufzustellen, die aufgeht.“ Bei Fortum habe

man ausgerechnet, daß sich die Strompreise dauerhaft auf dem rekordhohen Niveau bewegen müßten, das zeitweise im zu Ende gegangenen Winter herrschte. Ein endgültiges Urteil könne man zwar erst fällen, wenn die Offerten der Baukonsortien geprüft seien und man die voraussichtlichen Investitionskosten besser abschätzen könne. Aber man sei natürlich nur bereit, in ein solches Projekt zu investieren, wenn sich das Ganze als lohnend erweise.

Rund 2,5 Milliarden Euro sollte der Reaktorneubau kosten, mit dessen Produktion sich der Anteil von Atomstrom in Finnland von 29 auf 36 Prozent erhöht hätte. Im Moment spricht aber viel dafür, daß Finnlands Alleingang in Sachen Atomkraft – „die große Ausnahme in Westeuropa“, wie David Kyd von der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) ihn nannte – wenn schon nicht gleich zu den Akten gelegt, dann doch erst einmal auf die lange Bank geschoben wird. ●

Schwache Röntgenstrahlung

Berichtigung

In der vorigen Ausgabe Nr. 392-393 berichtete Strahlentelex auf den Seiten 6 und 7 von der Studie der beiden Homburger Biophysiker Kai Rothkamm und Markus Löbrich über die Wirkung schwacher Röntgenstrahlung. Dabei wurde der Nachname von Herrn Rothkamm falsch geschrieben. Die Redaktion bitet dafür um Entschuldigung. Er lautet so wie hier angegeben. Ergänzender Hinweis: Der Originalbericht von Rothkamm und Löbrich wurde veröffentlicht in den Proceedings of the National Academy of Sciences der USA vom 29. April 2003: Proc Natl Acad Sci USA 2003 Apr 29;100(9): 5057-62. ●

Mammographie

Keinen Überlebensvorteil durch Früherkennung von Brustkrebs gefunden

Aktuelle Metaanalysen lassen bezweifeln, daß die Durchführung eines generellen Mammographiescreenings zu einem Überlebensvorteil der Patientinnen führt. Dies veranlaßte Dr.med. Wolfgang Janni von der I. Frauenklinik am Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München und Kollegen zu überprüfen, ob Bestrebungen zur Krebsfrüherkennung in den 80er Jahren Einfluß auf die durchschnittliche diagnostizierte Tumorgroße bei Primärdiagnose und auf die Überlebensprognose hatten. Die Ergebnisse wurden jetzt in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift veröffentlicht.

Demnach waren zwischen 1981 und 1990 an der I. Frauenklinik in München und an der Frauenklinik in Berlin-Charlottenburg 1.656 Patientinnen (Altersdurchschnitt 56,6 Jahre) mit einem primären Mammakarzinom operiert und im Mittel 63 Monate nachbeobachtet worden. Rückblickend wurde die durchschnittliche Tumorgroße bei Primäroperation und die Überlebensprognose der Patientinnen in den Behandlungszeiträumen 1981-1985 (n=849) und 1986-1990 (n=807) verglichen.

Beide Gruppen unterschieden sich der Studie zufolge nicht in der Altersverteilung (=0,77) und nicht im axillären Lymphknotenstatus (p=0,14). Während des betrachteten Untersuchungszeitraumes war eine kontinuierliche Abnahme der Tumorgroße bei der Erstdiagnose festzustellen. Die durchschnittliche Tumor-

größe betrug demnach 25 Millimeter bei den bis 1985 und 21 Millimeter bei den ab 1986 operierten Patientinnen ($p < 0,001$). Während im Zeitraum bis 1985 der mammographische Befund in 19 Prozent der Fälle ($n=164$) der auslösende Grund für die Brustkrebsoperation war, geschah dies ab 1986 in 27 Prozent der Fälle ($n=215$, $p < 0,001$). Die Verringerung der Tumorgöße führte jedoch statistisch zu keinem krankheitsspezifischen Überlebensvorteil (Log rank, $p=0,48$). In der multivariaten Analyse fanden Janni und Kollegen zwar die konventionellen Prognoseparameter wie Tumorgöße (relatives Risiko $RR=2,21$) und axillärer Lymphknotenstatus ($RR=3,57$), nicht aber den Behandlungszeitraum ($p=0,90$) als signifikante Einflussfaktoren auf das krankheitsspezifische Überleben bestätigt.

Während des Untersuchungszeitraumes war also laut Janni und Kollegen zwar eine signifikante Abnahme der durchschnittlichen Tumorgöße bei Erstdiagnose des Mammakarzinoms zu beobachten. Dies führte aber nicht zu einem nachweisbaren krankheitsspezifischen Überlebensvorteil für die Patientinnen.

W. Janni, H. Sommer, B. Strobl, B. Rack, E. Klanner, P. Hantschmann, G. Rammel, G. Harms, T. Dimpfl: Fortschritte in der Früherkennung des Mammakarzinoms in den Jahren 1981-1990 - Ergebnisse einer Longitudinalstudie. Dtsch Med Wochenschr 2003; 128:601-606. ●

Verbraucherschutz

Bayern lehnt Auskunftspflicht der Jäger für radioaktives Wildfleisch ab

Die CSU hält es für unnötig, daß Bayerns Jäger zur Auskunft über radioaktiv belastetes Wildfleisch verpflichtet

werden. Statt dessen sicherte sie den Jägern Ausgleichszahlungen für verstrahltes Wild. Das berichtete Iris Hilberth im April 2003 aus München.

Um sicherzustellen, daß über den EU-Grenzwert von 600 Becquerel Radiocäsium pro Kilogramm nicht noch höher belastetes Wildfleisch in den Handel kommt, hatte die Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag Informationspflichten über Meßergebnisse für private Jäger gefordert. Der Antrag wurde mit CSU-Mehrheit abgelehnt.

Auch 17 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist Wildfleisch insbesondere im Bayerischen Wald weiterhin stark mit Radiocäsium belastet. Die Grünen verwiesen auf die Zahlen der Bundesanstalt für Fleischforschung für 2001 und 2002. Neun Prozent der Rehwild- und etwa 17 Prozent der Schwarzwildproben lagen demnach sogar noch über dem EU-Grenzwert für Radiocäsium. Örtlich waren Belastungen von mehr als 27.000 Becquerel pro Kilogramm gemessen worden. Kritisiert wurde, daß der Landesjagdverband seine internen Aufzeichnungen über radioaktive Belastungen von Wildfleisch nicht veröffentlicht.

Der CSU-Abgeordnete im Bayerischen Landtag Jürgen Vocke, der zugleich Präsident des Landesjagdverbandes Bayern ist, wies die Kritik zurück. Die Jäger wüßten, daß sie kontaminiertes Fleisch vernichten und melden müßten, schließlich gebe es dafür eine Ausgleichszahlung von der Bundesregierung. Da diese Entschädigungen aber zuletzt nicht mehr regelmäßig geflossen seien, beantragte Vocke, die bayerische Staatsregierung solle mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat dafür sorgen, daß die „nötigen Finanzmittel weiterhin in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen“. Dem stimmte der Landtag zu. ●

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 58,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de; <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Michael Karus, Dipl.-Phys. (verantw.), Monika Bathow, Dipl.-Geogr., Dr.med. Franjo Grotenhermen, Arzt, Dr. Peter Nießen, Dipl.-Phys.: nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, ☎ 02233/ 943684, Fax 02233/943683. eMail: EMF@nova-institut.de, <http://www.EMF-Beratung.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frenz-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 58,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 5,80.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2003 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288